

„Römig 3“ wird offengelegt

Dieter Heimpfals 20.2.16

Im Gewerbegebiet „Am Römig, 3. Abschnitt“ bei Eppstein sind fünf Brandbomben gefunden und beseitigt worden. Das hat Oberbürgermeister Hebich (CDU) im Stadtrat mitgeteilt. Dem vorläufigen Bebauungsplan, der eine Nutzung durch Logistik-Betriebe vorsieht, stimmte das Gremium am Mittwochabend mehrheitlich zu.

VON STEPHAN PIEROTH

Im November hatte der Rat den Bebauungsplan auf den Weg gebracht (wir berichteten). Als Investor tritt eine in Luxemburg ansässige Gesellschaft mit dem Namen Frankenthal S.A. auf; vertreten wird sie durch den Duisburger Projektentwickler Manfred Stüdemann. Das überplante Areal liegt nördlich des neuen Firmensitzes von Kartoffel Kuhn. Es umfasst eine Gesamtfläche von 4,1 Hektar.

Für Gebäude, insbesondere Lager- oder Produktionshallen, ist eine Fläche von 1,8 Hektar vorgesehen. Die laut Entwurf für den 24-Stunden-Betrieb geplanten Hallen sollen in unterschiedliche Größen unterteilt werden können. Eine Gebäudehöhe von bis zu 15 Metern ist laut Entwurf zulässig. Mit dem Vorentwurf legte die Verwaltung den Fraktionen Ergebnisse verschiedener vorbereiteter Begutachtungen vor, darunter einen Umweltbericht, eine Verkehrsuntersuchung und ein Schallschutz-Gutachten.

Schallschutz-Gutachter geht von bis zu 202 zusätzlichen Lkw-Fahrten pro Tag aus.

Fünf Brandbomben aus dem Zweiten Weltkrieg zu je 15 Kilogramm seien bei der vorsorglichen Erkundung des Geländes gefunden worden, berichtete Oberbürgermeister Martin Hebich (CDU). Man habe sie dem Kampfmittelräumdienst zur Entschärfung und Entsorgung übergeben. In Teilen des Bodens lägen vermutlich auch archäologisch wertvolle Spuren früherer Besiedlung. Zum Thema Artenschutz sagte der Verwaltungschef, dass Kiebitz, Feldlerche und Rebhuhn von dem Projekt so betroffen sein könnten, dass „Ausgleichsbedarf“ entstehe. Nähere Aufschlüsse verspreche man sich von einer fürs Frühjahr geplanten Begehung.

Die „schalltechnischen Anforderungen“ werden laut Hebich von der bisherigen Planung erfüllt, das heißt, es seien keine unzumutbaren Belästigungen für in der Nähe liegende Wohngebiete zu erwarten. Ausgegangen wurde bei den Berechnungen von bis zu 202 zusätzlichen Lkw-Zu- und Abfahrten pro



Das Verkehrsgutachten ist eindeutig: Der Kreisverkehr am Knotenpunkt von L 524 und L 527 muss zu einer ampelgesteuerten Kreuzung ausgebaut werden. Im Hintergrund: der Firmensitz von Kartoffel Kuhn. Nördlich davon (auf dem Bild rechts neben dem Gebäude) liegt das neue Gebiet „Römig 3“.

FOTO: BOLTE

Tag. Eindeutig sei die Feststellung des Verkehrsgutachtens: Der Knotenpunkt L 524/L 527 im Süden des Gewerbegebiets müsse zu einer ampelgesicherten Kreuzung ausgebaut werden – erst dann könne der zusätzlich durch „Römig 3“ anfallende Verkehr bewältigt werden.

Für die Sozialdemokraten kündigte der stellvertretende Fraktionschef Bernd Leidig Zustimmung an, obwohl es auch „viele kritische Aspekte“ gebe, etwa beim Naturschutz. Es müsse sich erst noch zeigen, „ob der Investor wirklich in den Startlöchern sitzt“, sagte Leidig. Man habe am Römig auch schon andere Erfahrungen gemacht.

Die Ablehnung der Fraktion Grüne/Offene Liste bekräftigte Rainer Schulze. Am Römig bestehe die Gefahr, „dass die gesamte L 527 zugebaut wird, und das auf bestem

Ackergrund“. Eine Frühjahrsbegehung sei auch viel zu wenig, in Sachen Artenschutz müsste das Gebiet alle vier Wochen erkundet werden, verlangte Schulze.

Von einen „wichtigen Schritt“ sprach Günther Serfas (FDP). Auch Ulrich Pender (Linke) zeigte sich grundsätzlich einverstanden, riet der Stadt aber „zu bedenken, welche Firmen man da rein lässt“. In der Logistikbranche würden häufig niedrige Löhne gezahlt. Dem schloss sich Gerhard Bruder an. Der Sprecher der Grünen-Fraktion warnte zudem, die Verkehrsbelastung der Vororte könnte sich nun noch weiter verstärken. Gabriele Bindert (CDU) widersprach Bruder: Es gebe eine gute Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Mobilität, um das Gewerbegebiet ans Autobahnnetz anzubinden. Sie gehe davon aus, dass umlie-

gende Orte künftig nicht stärker belastet würden, sagte Bindert.

Es sei „nicht sachgerecht“, ansiedlungswilligen Unternehmen zu unterstellen, dass sie Lohndumping betreiben wollten, sagte OB Hebich mit Blick zu Linken und Grünen. Zudem gebe es auch „Umsiedlungsinteressenten, die sich neu aufstellen wollen“. Wenn die Stadt denen kein Angebot machen könne, „verlieren wir Arbeitsplätze“. Grundsätzlich müsse man „erst mal schauen, wer da kommt“. Auf Tarifverträge habe die Stadt keinen Einfluss.

Gegen drei Stimmen der Grünen nahm die Ratsmehrheit den Planentwurf an. Die Verwaltung hat nun den Auftrag, die Unterlagen für interessierte öffentlich auszulegen und die „Träger öffentlicher Belange“, als Behörden und Verbände, dazu anzuhören.